



Medienmitteilung

Zürich, 19. Mai 2022

Beschlüsse der Kommissionen

GPK: Fristerstreckung für Klimaverträglichkeitsabschätzung soll genehmigt werden

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer von Silvia Rigoni, Kantonsrätin der Grünen, eingereichten Motion zu genehmigen ([5807](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, eine Gesetzesvorlage zur Einführung einer Klimaverträglichkeitsabschätzung für Gesetzgebungsprojekte auszuarbeiten. Der Regierungsrat will die Motion im Rahmen seiner kürzlich verabschiedeten Klimastrategie umsetzen. Die sich daraus ergebenden Anpassungen an den gesetzlichen Bestimmungen erfordern allerdings mehr Zeit.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

GPK: Fristerstreckung für Masterplan Dekarbonisierung soll genehmigt werden

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer vom damaligen Kantonsrat und heutigen Regierungsrat der Grünen, Martin Neukom, eingereichten Motion zu genehmigen ([5808](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat beauftragt, einen Masterplan zur Dekarbonisierung zu erarbeiten. Dieser soll aufzeigen, bis wann der Kanton Zürich den vollständigen Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien schafft. Der Regierungsrat will die Motion im Rahmen seiner kürzlich verabschiedeten Klimastrategie umsetzen. Die sich daraus ergebenden Anpassungen an den gesetzlichen Bestimmungen erfordern allerdings mehr Zeit.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

GPK: Fristerstreckung für zwei Motionen zum Klimawandel soll genehmigt werden

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu zwei von Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni und SP-Kantonsrat Andrew Katumba eingereichten Motionen zu genehmigen ([5809](#)). Darin wird der Regierungsrat einerseits beauftragt, Anpassungen des Planungs- und Baugesetzes und des kantonalen Richtplans vorzulegen, um besser vor den Auswirkungen des Klimawandels schützen zu können. Andererseits wird der Regierungsrat aufgefordert, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, damit in kommunalen Nutzungsplänen verschiedene Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel eingeführt werden. Der Regierungsrat will die mit den beiden Motionen geforderte Stärkung der planungsrechtlichen Grundlagen zugunsten einer klimaangepassten Siedlungsentwicklung mit verschiedenen, aufeinander abgestimmten Rechtsetzungsvorhaben umsetzen. Diese benötigen jedoch mehr Zeit.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35



GPK: Fristerstreckung für Motion zur Solaranlagenförderung soll genehmigt werden

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer von David Galeuchet, Kantonsrat der Grünen, eingereichten Motion zu genehmigen ([5812](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit im Kanton Zürich mehr grosse Solarstromanlagen gebaut werden. Der Regierungsrat will im Rahmen der Erfüllung der Motion gesamtheitliche Massnahmen für eine sichere Stromversorgung vorschlagen. Dazu sind in den vergangenen Monaten auf Kantons- wie auch auf Bundesebene verschiedene Fragen und Anliegen thematisiert worden. Die geplanten Gesetzesänderungen bedürfen jedoch mehr Zeit und sind auf die Entwicklungen auf Bundesebene abzustimmen.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.